ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Geppert, Kurt; Mundelius, Marco

Article

Berlin als Standort der Kreativwirtschaft immer bedeutender

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Geppert, Kurt; Mundelius, Marco (2007) : Berlin als Standort der Kreativwirtschaft immer bedeutender, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 31, pp. 485-491

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151531

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Nr. 31 / 2007
74. Jahrgang
1. August 2007

DIW BERLIN

Wirtschaft Politik Wissenschaft

www.diw.de

Wochenbericht

Berlin als Standort der Kreativwirtschaft immer bedeutender

Kurt Geppert
kgeppert@diw.de

Marco Mundelius
mmundelius@diw.de

In den vergangenen Jahren hat sich die Kreativwirtschaft – Medien, Information und Kommunikation sowie Kultur – in Deutschland deutlich überdurchschnittlich entwickelt, und ihre Konzentration auf die großen Stadtregionen ist weiter gestiegen. Unter den sieben führenden kreativwirtschaftlichen Zentren liegt Berlin gemessen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hinter der Region München an zweiter Stelle. Die Dynamik war in den vergangenen Jahren in Berlin höher als im Durchschnitt der anderen bedeutenden Zentren der deutschen Kreativwirtschaft. Dies gilt zumindest für die privatwirtschaftlichen Teile der Branche, bei den öffentlichen Institutionen machen sich dagegen die Sparmaßnahmen des Berliner Senats bemerkbar.

Fast die Hälfte der in der Kreativwirtschaft Berlins Tätigen sind Selbständige oder freie Mitarbeiter; in den übrigen Wirtschaftsbereichen ist der Anteil dieser Gruppen weniger als halb so groß. Insgesamt arbeitet jeder zehnte Erwerbstätige Berlins in der Kreativwirtschaft. Damit ist dieser Zweig inzwischen größer als das verarbeitende Gewerbe der Stadt.

Wie die meisten anderen Bundesländer konzentriert sich Berlin mit seinen wirtschaftspolitischen Aktivitäten auf bestimmte Bereiche, in denen das Land bereits über ein erhebliches und als ausbaufähig erachtetes Potential verfügt. Diese Schwerpunktfelder sind Gesundheit, Mobilität und Kommunikation. Den Kern des „Clusters“ Kommunikation bildet die „Kreativwirtschaft“, zu der Medien, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Kultur gehören. In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung von Wissen und Kreativität für das Wachstum hochentwickelter Volkswirtschaften rücken diese Branchen zunehmend in das Interesse der Wirtschaftspolitik. Inzwischen haben die Europäische Union insgesamt und eine Reihe von Staaten wie Österreich, das Vereinigte Königreich und die Schweiz „Kulturwirtschaftsberichte“ vorgelegt, und auch auf der regionalen Ebene werden die Aktivitäten auf diesem Feld intensiviert.[1] Maßgeblich dafür ist nicht nur die Tatsache, dass die Kreativwirtschaft selbst zu den überdurchschnittlich wachsenden Bereichen der Wirtschaft zählt, sondern auch die Erwartung, dass von ihr Innovations- und Wachstumsimpulse auf die übrigen Sektoren ausgehen.[2]

1 Vorreiter unter den Bundesländern war hier Nordrhein-Westfalen, inzwischen haben jedoch die meisten anderen Länder nachgezogen.
2 Florida, R.: Cities and the Creative Class. London 2005. Fritsch, M., Stützer, M.: Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland. Raumforschung und Raumordnung, Heft 1 / 2007.

1. Bericht

Berlin als Standort der Kreativwirtschaft immer bedeutender
Seite **485**

22127

Kasten

Statistische Abgrenzung der Kreativwirtschaft

Das Abgrenzungskonzept des DIW Berlin basiert auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes. Auf der Ebene von 3-, 4- und überwiegend von 5-Stellern werden Wirtschaftszweige den Teilmärkten zugeordnet. Teilweise ist sogar eine prozentuale Aufteilung notwendig (vgl. Fußnoten).

Teilmarkt / Branche	Nummer der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003
Musik	
Musikverlage, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	2214, 2231
Herstellung von Musikinstrumenten	36300
Diskotheken und Tanzlokale	55403
Tonstudios	92116
Selbständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler[1], Komponisten	92315, 92317 (33 %)
Theater- und Konzertveranstalter[2]	92321 (50 %)
Orchester, Chöre, Opern, Schauspielhäuser, Konzerthallen[3]	92312 (60 %), 92322 (50 %)
Darstellende Kunst	
Theater, Ballett, Schauspielhäuser, Varietes[3]	92311, 92312 (40 %), 92322 (50 %), 92323
Selbständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler[1], Artisten	92317 (33 %), 92318
Theater- und Konzertveranstalter[2]	92321 (50 %)
Sonstige kulturelle und unterhaltende Leistungen (z. B. Zirkus, Schausteller)	92342
Film, Radio, TV	
Filmherstellung	9211
Filmverleih, Videoprogrammanbieter, Kinos	9212, 9213
Rundfunkveranstalter, Produktion von Radio- und TV-Programmen	92201, 92202
Selbständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler[1]	92317 (33 %)
Werbung, PR	
Werbegestaltung, PR-Beratung	74142, 74401
Werbeverbreitung und -vermittlung	74402
Bildende Kunst, Kunsthandwerk, Design	
Kunsthandwerk	26701, 28523, 36222, 36223
Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, Geschenkartikeln, Antiquitäten	52482, 52501
Fotografisches Gewerbe	7481
Ateliers für Design	74874
Selbständige bildende Künstler	92313
Architektur, kulturelles Erbe	
Architekturbüros	74201, 74202, 74203
Selbständige Restauratoren	92314
Museen, Denkmalschutz, botanische und zoologische Gärten	9252, 9253
Printmedien	
Verlage (ohne Musikverlage)	2211, 2212, 2213, 2215
Dolmetscher und Übersetzungsbüros	74851, 74852
Selbständige Schriftsteller	92316
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, Journalisten	92401, 92402
Bibliotheken und Archive	9251
Software, Internet, Telekommunikation	
Softwarehäuser	722
Datenbanken, mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten	724, 726
Fernmeldedienste	643

1 Der Wirtschaftszweig Selbständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler (92317) wird zu je einem Drittel den Teilmärkten Musik, Darstellende Kunst und Film, Radio, TV zugeordnet.

2 Der Wirtschaftszweig Theater- und Konzertveranstalter (92321) wird jeweils zur Hälfte den Teilmärkten Musik und Darstellende Kunst zugeordnet.

3 Der Wirtschaftszweig Ballettgruppen, Orchester, Kapellen, Chöre (92312) wird zu 60 % dem Teilmarkt Musik und zu 40 % dem Teilmarkt Darstellende Kunst zugeordnet. Der Wirtschaftzweig Opern- und Schauspielhäuser, Konzerthallen (92322) wird jeweils zur Hälfte den Teilmärkten Musik und Darstellende Kunst zugeordnet.

In empirischen Analysen zur Kreativwirtschaft ist keineswegs einheitlich definiert, welche Berufe, Tätigkeiten oder Wirtschaftszweige im Einzelnen zu diesem Bereich gehören. Die hier zugrunde gelegte Abgrenzung ist ausschließlich sektoral orientiert, d. h. sie ordnet Branchen der amtlichen Klassifikation der Wirtschaftszweige, in denen kreative Tätigkeiten das bestimmende Moment sind, der Kreativwirtschaft zu.[3] Neben privatwirtschaftlich geprägten Branchen werden dabei auch solche Wirtschaftszweige einbezogen, in denen öffentliche Institutionen dominieren, z. B. Theater und Museen. Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen zählen indes in der hier gewählten Abgrenzung nicht zur Kreativwirtschaft (Kasten).

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Studie des DIW Berlin zu Größe, Entwicklung und Struktur der Kreativwirtschaft Berlins präsentiert.[4] Die Untersuchung bezieht sich auf den Zeitraum von 2000 bis 2006 und schließt einen Vergleich mit anderen wichtigen Zentren der deutschen Kreativwirtschaft ein.

Kreativwirtschaft stark auf Großstädte konzentriert

Die Kreativwirtschaft hat sich in Deutschland zwar auch in den Jahren von 2000 bis 2006 günstiger entwickelt als die Gesamtwirtschaft, der insgesamt schwachen Dynamik der deutschen Wirtschaft in diesem Zeitraum konnte sie sich jedoch nicht entziehen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging um 2,6 % zurück, in der Wirtschaft insgesamt sank sie um 5,5 %. Dabei waren die Beschäftigungsverluste in den meisten Teilbereichen der Kreativwirtschaft wesentlich größer, als es in der durchschnittlichen Entwicklung zum Ausdruck kommt. Dies wurde aber weitgehend kompensiert durch die kräftige Ausweitung der Beschäftigung im Segment Informations- und Kommunikationstechnologie.

Mit rund 950 000 Beschäftigten lag der Anteil der Kreativwirtschaft an der gesamten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland im Jahr 2006 bei 3,6 %.[5] Dieser Wirtschaftsbereich ist allerdings stark auf wenige urbane Regionen konzentriert. Die sieben bedeutendsten Standorte – Berlin (einschließlich Potsdam), Hamburg, sowie die Stadtregionen Düsseldorf, Köln, Frankfurt/Main, Stuttgart und München – vereinten im Jahr 2000 41,6 % der Beschäftigung in der deutschen Kreativwirtschaft auf sich; bis 2006 stieg dieser Wert auf 42,1 %.[6] An der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Branche in Deutschland haben diese Regionen dagegen nur einen Anteil von rund 26 %. Besonders hoch ist die Konzentration auf die sieben Zentren bei Film, Radio, TV (60 %) und in der Werbewirtschaft (50 %), während in den Bereichen Bildende Kunst, Kunsthandwerk, Design sowie Architektur, kulturelles Erbe nur ein Viertel bzw. ein Drittel der Beschäftigten auf sie entfällt. Innerhalb der Gruppe der hier betrachteten Stadtregionen variiert der Anteil der Kreativwirtschaft an der jeweiligen regionalen Gesamtbeschäftigung zwischen 3,8 % (Düsseldorf) und 8,3 % (München). Gemessen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist Berlin mit 71 000 Beschäftigten nach München (89 000 Beschäftigte) der zweitgrößte Standort der Kreativwirtschaft in Deutschland. Die Tatsache, dass Potsdam hier mit Berlin zusammengefasst wird, hat auf diese Rangfolge keinen Einfluss.

Kreativwirtschaft wächst in Berlin stärker als in den anderen Stadtregionen

In der Kreativwirtschaft spielen Selbständige und freie Mitarbeiter eine wesentlich größere Rolle als in der Wirtschaft insgesamt. Um diesem Tatbestand bei der regional vergleichenden Analyse der Entwicklung der Kreativwirtschaft Rechnung zu tragen, wird neben der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ein zweiter Indikator herangezogen, die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen. Da jedes Unternehmen mindestens einen Inhaber hat, gibt diese Größe auch Auskunft über die Zahl der Selbständigen. Dabei sind Personen, die mehr oder weniger nur formal selbständig sind, nicht berücksichtigt, denn umsatzsteuerpflichtig sind nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 17 500 Euro.

3 Der zweite Beitrag in dieser Ausgabe grenzt dagegen den kreativen Bereich nach beruflichen Tätigkeiten ab, unabhängig davon, in welcher Branche diese ausgeübt werden.

4 Die Untersuchung basiert auf einer Datenbank zum Cluster Kommunikation, die das DIW Berlin im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen erstellt hat. In diesem Beitrag wird nur die Kreativwirtschaft im engeren Sinne betrachtet. Vor- und nachgelagerte Branchen (z. B. Druckereien) werden dabei nicht einbezogen. Vgl. auch eine frühere Untersuchung des DIW Berlin zu diesem Thema: Frank, B., Mundelius, M.: Kreativbranchen in Berlin. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 44 / 2005.

5 Unter Einschluss der nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (z. B. Selbständige, freie Mitarbeiter, geringfügig Beschäftigte) dürfte der Anteil der Kreativwirtschaft über 5 % liegen. Daten über die Zahl der Selbständigen und freien Mitarbeiter in der Kreativwirtschaft in der hier gewählten Abgrenzung stehen aus amtlichen Statistiken nicht zur Verfügung. Das DIW Berlin hat im Jahr 2006 zwar Informationen dazu durch eine Unternehmensbefragung in der Kreativwirtschaft erhoben, diese Befragung war aber auf Berlin beschränkt.

6 Unter Stadtregionen sind hier Raumordnungsregionen, wie sie vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung definiert werden, zu verstehen. Sie umfassen neben der jeweiligen Kernstadt auch das Hinterland der Städte. Im Falle Münchens und Kölns sind erhebliche Teile der regionalen Film- und Rundfunkwirtschaft in der Umgebung der Stadt, aber noch innerhalb der jeweiligen Raumordnungsregion, angesiedelt. Der besseren Vergleichbarkeit wegen wird daher der Filmstandort Potsdam hier mit Berlin zusammengefasst.

Abbildung 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Veränderung 2006 gegenüber 2000 in %

1 Berlin einschließlich Potsdam.
2 Raumordnungsregionen Hamburg, Düsseldorf, Köln, Rhein-Main, Stuttgart und München.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kreativwirtschaft hat in Berlin (einschließlich Potsdam) von 2000 bis 2006 um 3 % abgenommen (Abbildung 1). Der Rückgang war damit etwas stärker als in den sechs anderen Stadtregionen (–1,4 %) und als in Deutschland insgesamt (–2,6 %). Ausschlaggebend dafür waren der sehr starke Beschäftigungsverlust in der Telekommunikationswirtschaft Potsdams und die Tatsache, dass in den staatlich dominierten Zweigen der Berliner Kreativwirtschaft in erheblichem Umfang Arbeitsplätze abgebaut wurden. Hier kommen die Bemühungen um die Konsolidierung der Finanzen der Stadt zum Ausdruck. Die meisten privatwirtschaftlichen Branchen haben sich dagegen in Berlin günstiger entwickelt als in den übrigen Stadtregionen.

Dies zeigt sich auch beim Unternehmensbestand und damit bei den Selbständigen. Die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in der Kreativwirtschaft ist in Berlin von 2000 bis 2005 um fast 30 % gestiegen – mehr als doppelt so stark wie in den anderen Stadtregionen (Abbildung 2). Offenbar ist Berlin ein sehr attraktiver Standort für die Gründung bzw. Ansiedlung von Unternehmen der Kreativwirtschaft. Darin ist ein erhebliches Beschäftigungspotential angelegt, denn viele der neuen Unternehmen dürften in den kommenden Jahren wachsen und Arbeitsplätze schaffen.[7]

Eine Rolle bei der starken Zunahme der Zahl kreativwirtschaftlicher Unternehmen in Berlin dürfte auch die ungünstige Arbeitsmarktlage in der Stadt gespielt haben. Dies erzeugt einen Druck in Richtung Selbständigkeit. Inwieweit es sich bei den neuen Selbständigen um Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen handelt, kann nicht beurteilt werden. Allerdings beziehen sich die hier präsentierten Daten ausschließlich auf Unternehmen, die zumindest die Umsatzsteuerpflicht erreichen.

Entwicklung in den Teilmärkten

Im Folgenden wird die Entwicklung in den einzelnen Teilmärkten der Kreativwirtschaft Berlins skizziert. Als Referenzgebiete dienen dabei wieder die sechs anderen Stadtregionen und Deutschland insgesamt:

Die *Musikwirtschaft* umfasst zum einen das „Professionelle Musikschaffen“ und zum anderen die Vermarktung von Musik.[8] Um diese Kernbereiche herum gibt es eine Reihe weiterer wirtschaftlicher sowie kultureller Aktivitäten wie die Aufnahme von Musik in Tonstudios und die Herstellung von Musikinstrumenten.[9] Insgesamt hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Berliner Musikwirtschaft von 2000 bis 2006 mit einem Rückgang von 14 % fast doppelt so stark abgenommen wie in den anderen Stadtregionen. Zwar expandierte

7 Die zusätzlichen umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen müssen nicht alle neu gegründet worden sein. Sie können auch im Laufe der Beobachtungsperiode in die Umsatzsteuerpflicht hineingewachsen sein.
8 Mundelius, M.: Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Pankow. DIW Berlin, Politikberatung kompakt, Nr. 21, 2006. Mundelius, M., Hertzsch, W.: Berlin – da steckt Musike drin. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 14 / 2005.
9 Diskotheken und Tanzlokale sind ebenfalls einbezogen worden, da sie auch als Netzwerk der Kreativität und Konsumtion gesehen werden können, vgl. Leyshon, A.: Time-Space (and Digital) Compression: Software Formats, Musical Networks, and the Reorganisation of the Music Industry. Environment and Planning A, Vol. 33, 2001.

in Berlin die Beschäftigung bei Musiklabels, dafür ist aber im Bereich des „Professionellen Musikschaffens“, insbesondere bei Opern und Konzerthäusern, in erheblichem Umfang Personal abgebaut worden, nicht zuletzt als Folge öffentlicher Sparmaßnahmen. Die Zahl der musikwirtschaftlichen Unternehmen hat dagegen von 2000 bis 2005 in Berlin mit rund 30 % mehr als dreimal so stark zugenommen wie in den Vergleichsregionen. Besonders kräftig war das Wachstum bei den Musiklabels und den selbständigen Künstlern.

Zum Bereich *Darstellende Kunst* wird hier neben den im engeren Sinne künstlerisch orientierten Branchen (z. B. Theater, selbständige Schauspieler) auch der Zweig sonstiger kultureller und unterhaltender Leistungen gezählt; er umfasst z. B. Zirkusbetriebe und Schausteller. Im interregionalen Vergleich ergibt sich für Berlin ein ähnliches Bild wie im Fall der Musikwirtschaft. In beiden Teilmärkten haben öffentliche Betriebe ein hohes Gewicht, und dies hat sich – unter den speziellen fiskalischen Bedingungen Berlins – dämpfend auf die Beschäftigung ausgewirkt. Auch in der darstellenden Kunst ist die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Berlin vergleichsweise stark gewachsen.

Zum Teilmarkt *Film, Radio, TV* gehören die Filmproduktion und -distribution (Verleih, Vertrieb, Kinos), die Rundfunk- und Fernsehwirtschaft sowie Büros selbständiger Film-, Hörfunk- und TV-Künstler. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in diesem Bereich von 2000 bis 2006 in Berlin um 7 % gestiegen, in den übrigen Stadtregionen hat sie dagegen um 5 % abgenommen. Dabei expandierte die Filmproduktion in Berlin außerordentlich kräftig (um 58 %); in der Stadt (einschließlich Potsdam) ist inzwischen rund ein Viertel aller Beschäftigten der deutschen Filmproduktion tätig. Stark zurückgegangen ist dagegen die Beschäftigung in der Rundfunkwirtschaft Berlins; dies ist Folge des Personalabbaus bei dem regionalen öffentlich-rechtlichen Sender Rundfunk Berlin-Brandenburg. Die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen stieg im Teilmarkt Film, Radio, TV in Berlin mit 17 % ähnlich stark wie in den anderen Regionen.

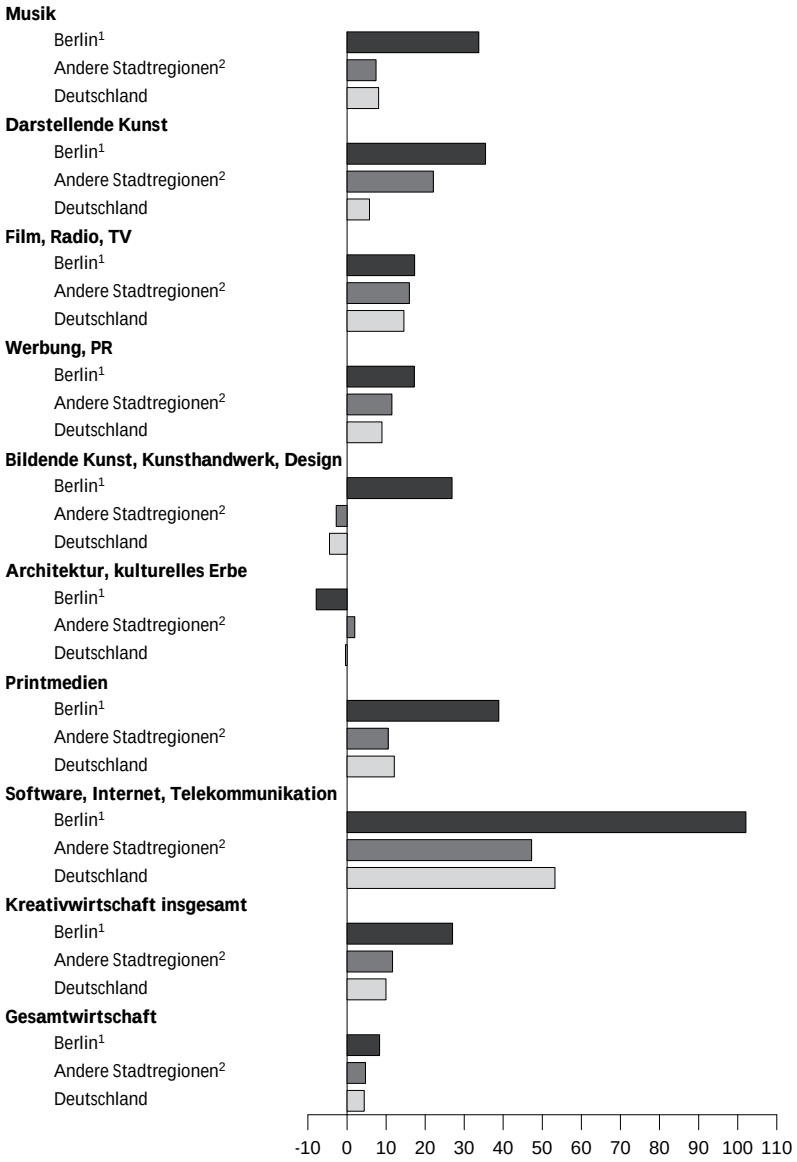
Im Bereich *Werbung, PR* sind die Werbegestaltung, die Werbemittelverbreitung und -vermittlung sowie die Public-Relations-Beratung zusammengefasst. Die Beschäftigung blieb in Berlin konstant, während sie in den anderen Stadtregionen um ein Zehntel abnahm. Die Zahl der Unternehmen stieg in diesem Teilmarkt in Berlin etwas stärker als in den Vergleichsregionen.

Der Teilmarkt *Bildende Kunst, Kunsthandwerk, Design* umfasst neben den Büros selbständiger Künstler und dem klassischen Kunstmarkt (Galerien, Sammlerbörsen und Auktionen) auch die kunsthandwerkliche Produktion, den Einzelhandel mit kunstgewerblichen Produkten, das gesamte fotografische Gewerbe sowie Design-Ateliers.[10] Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in diesem Teilmarkt generell stark abgenommen, in Berlin mit 21 % allerdings etwas weniger als in den anderen sechs Stadtregionen. Besonders ausgeprägt waren die Rückgänge beim

Abbildung 2

Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Veränderung 2005 gegenüber 2000 in %



1 Berlin einschließlich Potsdam.
2 Raumordnungsregionen Hamburg, Düsseldorf, Köln, Rhein-Main, Stuttgart und München.

Quellen: Umsatzsteuerstatistik; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

10 Mundelius, M.: Bildende Künstler in Berlin. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 22 / 2006.

Kunsthandwerk und im fotografischen Gewerbe. Dagegen beschäftigen selbständige bildende Künstler vermehrt Sozialversicherungspflichtige, vor allem in Berlin. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung des Unternehmensbestandes wider. Die Zahl umsatzsteuerpflichtiger bildender Künstler ist in Berlin von 2000 bis 2005 um 36 % gestiegen, in den Vergleichsregionen ist sie dagegen zurückgegangen. Noch stärker gewachsen ist die Zahl der Design-Ateliers in Berlin (46 %).

Zum Bereich *Architektur, kulturelles Erbe* gehören Architekturbüros sowie Unternehmen und Institutionen, die sich mit der Bewahrung von Kulturgütern beschäftigen (Bibliotheken, Archive, Museen, Denkmalschutz). Botanische und zoologische Gärten werden ebenfalls einbezogen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in diesem Teil der Kreativwirtschaft allgemein stark zurückgegangen. Eine wesentliche Rolle dürfte hier die schwache Entwicklung der Nachfrage nach Bauleistungen in Deutschland gespielt haben.

Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bei den *Printmedien* in Berlin blieb im Zeitraum 2000 bis 2006 etwa konstant. Zuwächse gab es bei den Korrespondenz- und Nachrichtenbüros sowie den Büros selbständiger Journalisten und Pressefotografen. Dies wurde kompensiert durch Beschäftigungsverluste bei Verlagen und Bibliotheken. In den anderen Stadtregionen und in Deutschland insgesamt ging die Beschäftigung dagegen um 15 % zurück. Auch die Zahl der Unternehmen im Bereich Printmedien entwickelte sich in Berlin deutlich günstiger als in den anderen Regionen.

Den Bereich *Software, Internet, Telekommunikation* bilden Softwarehäuser, Datenbanken (einschließlich Websearch-Portalen), sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten sowie Telekommunikationsdienste. In der Software-Entwicklung und der Datenverarbeitung ist die Beschäftigung in Berlin, wie in den anderen Stadtregionen, um rund ein Viertel gestiegen. Im Segment Telekommunikation hingegen hat Berlin (einschließlich Potsdam) im Zeitraum 2000 bis 2006 rund 20 % seiner Arbeitsplätze verloren, während die Beschäftigung im Durchschnitt der anderen Stadtregionen um eben diesen Prozentsatz zunahm. Die Zahl der Unternehmen hat sich in diesem Teilmarkt in Berlin von 2000 bis 2005 verdoppelt, in den Vergleichsregionen stieg sie nur um rund die Hälfte.

Hoher Anteil von Selbständigen und freien Mitarbeitern in der Kreativwirtschaft

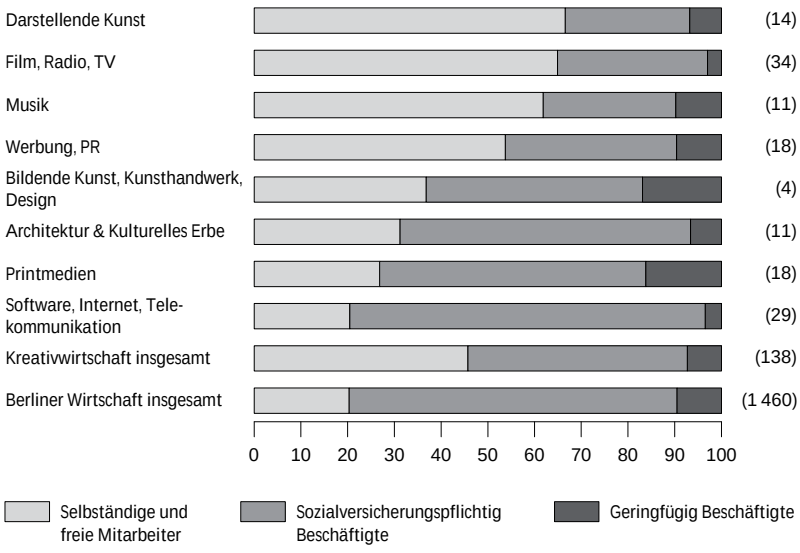
Die Branchen der Kreativwirtschaft sind in weiten Teilen gekennzeichnet durch selbständige Tätigkeit – häufig auch in Form der freien Mitarbeiterschaft – sowie durch wechselnde und temporäre Beschäftigungsverhältnisse. Dies wird jedoch nicht in systematischer Weise von der amtlichen Statistik dokumentiert. Um zumindest für Berlin Informationen zur Beschäftigungsstruktur in der Kreativwirtschaft zu gewinnen, hat das DIW Berlin im Jahr 2006 eine breit angelegte Unternehmensbefragung in der Stadt durchgeführt.[11] Auf dieser Basis können Aussagen zum Anteil von Selbständigen und freien Mitarbeitern an der Beschäftigung in den Kreativbranchen Berlins gemacht werden. Diese Angaben wurden ergänzt um Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Zahl der geringfügig Beschäftigten (Minijobs).

In vier Teilmärkten der Kreativwirtschaft – Darstellende Kunst, Film/Radio/TV, Musik und Werbung – ist die Mehrzahl der Erwerbstätigen als Selbständige oder freie Mitarbeiter tätig (Abbildung 3). Der Beschäftigtenanteil dieser Gruppe ist damit in diesen Branchen etwa dreimal so hoch wie in der gesamten Berliner Wirtschaft. Über alle Teilbereiche der Kreativwirtschaft hinweg haben Selbständige und freie Mitarbeiter einen Anteil von

Abbildung 3

Erwerbstätige in der Kreativwirtschaft Berlins nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses 2006

Anteile in %, Zahl der Erwerbstätigen[1] in Klammern (in 1 000)



1 Ohne Beamte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Unternehmensbefragungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

11 Es konnten mehr als 1 000 Antworten für die Ermittlung der Beschäftigungsstruktur genutzt werden. Zusätzlich wurden die Ergebnisse einer ähnlichen Befragung aus dem Jahr 2004 mit rund 1 000 weiteren Antworten aus der Kreativwirtschaft herangezogen. Die Plausibilität der Ergebnisse wurde anhand von Daten des Mikrozensus geprüft.

rund 45 %; das ist mehr als doppelt so viel wie in der Gesamtwirtschaft.[12]

Einschließlich der Selbständigen und freien Mitarbeiter waren 2006 über 150 000 Personen in der Kreativwirtschaft Berlins (einschließlich Potsdam) tätig – fast 9 % aller Erwerbstätigen der beiden Städte. Gemessen an der Beschäftigtenzahl ist dieser Wirtschaftsbereich damit inzwischen größer als das verarbeitende Gewerbe (135 000 Erwerbstätige). Die mit Abstand bedeutendsten Teilmärkte der Kreativwirtschaft Berlins sind die Bereiche Film, Radio, TV sowie Software, Internet, Telekommunikation.

Die Frage, ob sich an diesem Bild etwas Wesentliches ändert, wenn nicht die bloßen Beschäftigtenzahlen, sondern das geleistete Arbeitsvolumen zugrunde gelegt wird, kann nicht abschließend beantwortet werden, da Informationen zu den Beschäftigungs- und Arbeitszeiten für die Kreativwirtschaft in der hier gewählten Abgrenzung nicht zur Verfügung stehen. Allerdings konnte bei den Berechnungen auf Daten zu einer extremen Form der Teilzeitarbeit, den Minijobs, zurückgegriffen werden. Der Anteil von ausschließlich geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen lag im Jahr 2006 in der Kreativwirtschaft Berlins bei 7,3 %; er war damit niedriger als in der Berliner Wirtschaft insgesamt (9,5 %). Im Durchschnitt der sechs übrigen hier betrachteten Stadtregionen war das Gewicht der geringfügigen Beschäftigung in der Kreativwirtschaft etwa ebenso hoch wie in Berlin.[13]

12 Soweit freie Mitarbeiter für mehrere Unternehmen der Kreativwirtschaft tätig sind, werden sie hier bei der Berechnung der Erwerbstätigenzahlen der Kreativbranchen auch mehrfach gezählt.
13 Die Ergebnisse des zweiten Berichts in dieser Ausgabe (Tabelle 2) deuten darauf hin, dass es generell bei der Bedeutung der Teilzeitarbeit in der Kreativwirtschaft keinen nennenswerten Unterschied zwischen Berlin und den anderen Stadtregionen gibt.

Fazit

Die Kreativwirtschaft rückt zunehmend in das Interesse der Wirtschaftspolitik, nicht nur wegen ihres eigenen Wachstumspotentials, sondern auch, weil von ihr Impulse auf andere Branchen erwartet werden. In den vergangenen Jahren hat sich die Kreativwirtschaft in Deutschland deutlich überdurchschnittlich entwickelt, und ihre Konzentration auf die großen Stadtregionen ist weiter gestiegen.

Unter den sieben führenden kreativwirtschaftlichen Zentren liegt Berlin (einschließlich Potsdam) gemessen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hinter der Region München an zweiter Stelle. Die Dynamik war in den vergangenen Jahren in Berlin höher als im Durchschnitt der Vergleichsregionen. Dies gilt zumindest für die privatwirtschaftlichen Teile der Kreativwirtschaft, bei den öffentlichen Institutionen machen sich dagegen die Sparmaßnahmen des Berliner Senats bemerkbar.

Fast die Hälfte der in der Kreativwirtschaft Berlins Tätigen sind Selbständige oder freie Mitarbeiter; in den übrigen Wirtschaftsbereichen ist der Anteil dieser Gruppen weniger als halb so groß. Dies heisst jedoch nicht unbedingt, dass es in der Kreativwirtschaft Berlins besonders viele Pseudo-Selbständige in prekären Beschäftigungsverhältnissen gäbe, denn ein erheblicher Teil der Selbständigen erwirtschaftet zumindest soviel Umsatz, dass er die Schwelle zur Umsatzsteuerpflicht überschreitet. Insgesamt arbeitet fast jeder zehnte Erwerbstätige Berlins (einschließlich Potsdam) – mehr als 150 000 Personen – in der Kreativwirtschaft. Damit ist dieser Zweig inzwischen größer als das verarbeitende Gewerbe der Stadt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass das Land Berlin zu Recht die Kreativwirtschaft als eines seiner wirtschaftspolitischen Schwerpunktfelder betrachtet. In diesem Bereich liegt für die künftige Entwicklung der regionalen Wirtschaft ein großes Potential.

JEL Classification:
L82, L86, Z1

Keywords:
Agglomeration,
Creative industries,
Cultural economics

„Neu aufstellen“

DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann über die Risiken für den Aufschwung, die Reformdefizite der Bundesregierung und die Zukunft seines Instituts

Professor Zimmermann, die Weltwirtschaft boomt, die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist gut wie lange nicht mehr. Doch jetzt signalisiert der ZEW-Indikator, dass die Konjunktur in Deutschland ihren Höhepunkt überschritten hat. Wie lange hält der Aufschwung noch?

Die Aussichten sind günstig, dass die weltwirtschaftliche Lage vorerst stabil bleibt. Die amerikanische Wirtschaft wächst zwar etwas langsamer, aber Asien und Osteuropa werden weiter expandieren wie bisher. Davon werden die deutschen Exporteure weiter profitieren. Zudem hat die Binnenwirtschaft ihre Schwäche endgültig überwunden, die Unternehmen investieren so kräftig wie seit Jahren nicht mehr. Und 2008 wird auch der Konsum zu einer Stütze für die Konjunktur werden.

Dennoch: Gibt Ihnen der Einbruch wichtiger Frühindikatoren nicht zu denken?

Nein, für einen bevorstehenden Abschwung gibt es nicht genügend Anzeichen. Der Rückgang der Frühindikatoren ist eher eine Normalisierung. Die Konjunktureuphorie der vergangenen Monate habe ich eh nicht geteilt. Daher bin ich auch über die Rückkehr der Frühindikatoren in den Normalbereich nicht überrascht.

Was macht Sie so optimistisch, dass der private Konsum anspringen wird? Bisher gibt es dafür noch keine Anzeichen.

Zu Beginn dieses Jahres hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer den privaten Verbrauch zwar gedämpft. Aber anders als manche Pessimisten damals prognostiziert hatten, ist die deutsche Wirtschaft dadurch nicht in die Rezession gerutscht. Meine Zuversicht für den weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres gründet sich auf zwei Faktoren: die weitere Zunahme der Beschäftigung und die spürbaren Lohnzuwächse. Beides erhöht die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und kurbelt den Konsum an.

Ist das auch der Grund dafür, dass sich der Aufschwung in Europa in den vergangenen Monaten unvermindert fortgesetzt hat, obwohl die US-Konjunktur schon seit einiger Zeit nicht mehr rund läuft? Hat sich der alte Kontinent wirtschaftlich von den USA abgekoppelt?

Der konjunkturelle Zusammenhang scheint sich in jüngster Zeit etwas gelockert zu haben. Der Grund dafür ist in der Tat, dass die binnenwirtschaftlichen Kräfte bei uns mittlerweile stark genug sind, um dämpfende Impulse aus den USA abzufedern. Aber das heißt nicht, dass die USA keinen Einfluss mehr auf unsere Konjunktur hätten. Andere Kraftzentren der Weltwirtschaft wie etwa Asien und Lateinamerika sind noch nicht in der Lage, die Rolle der USA als weltweite Konjunkturlokomotive zu übernehmen. Daher ist Amerika nach wie vor der wichtigste Trendsetter für die globale Konjunktur. Europa folgt diesem Trend mit zeitlichem Abstand.

Welches sind die größten Risiken für den Aufschwung? Die Aufwertung des Euro?

Ich halte die Risiken für überschaubar. Auch der starke Euro ist kein Problem für die deutschen Unternehmen, solange die Aufwertung mit einer kräftig wachsenden Weltwirtschaft einhergeht. Sie hat sogar den Vorteil, dass sie den Anstieg der Importpreise bremst und damit die Kaufkraft der Konsumenten stärkt. Problematisch würde es erst, wenn die weltweiten Handelsungleichgewichte eine massive Dollarkrise und damit einen drastischen Höhenflug des Euro nach sich ziehen würden.

Beobachter rechnen damit, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins von derzeit 4,0 Prozent weiter anheben wird. Gefährdet das nicht die Konjunktur?

Die Lohn-, Preis- und Wechselkursentwicklung in der Währungsunion bietet der Notenbank keinen Anlass, allzu stark auf die geldpolitische Bremse zu treten. Die an den Finanzmärkten erwarteten weiteren Zinsschritte für dieses Jahr von insgesamt maximal 0,5 Prozentpunkten sind angemessen und werden den Aufschwung nicht abwürgen. Das wäre nur der Fall, wenn die Währungshüter die Leitzinsen weit über dieses Ausmaß hinaus erhöhen würden. Dann könnte die Konjunktur in der Tat Probleme bekommen.

Mit der guten wirtschaftlichen Lage und angesichts der Landtagswahlen im nächsten Jahr scheint der Reformeifer der Regierung erlahmt zu sein. Droht uns für den Rest der Legislaturperiode bis 2009 ein Reformstillstand?

Ich befürchte ja, die Wahrscheinlichkeit ist hoch. Aber das ist nicht überraschend. Angesichts der Landtagswahlen im nächsten Jahr war von Beginn an klar, dass die große Koalition nur ein bis zwei Jahre Zeit für Reformen hat. Sie hat versucht, in vielen Feldern Handlungsfähigkeit zu beweisen. Bei der Gesundheitsreform ist das Ergebnis allerdings äußerst unbefriedigend ausgefallen. In der Arbeitsmarktpolitik läuft die Regierung sogar Gefahr, nach den Hartz-Reformen von Rot-Grün das Rad wieder zurückzudrehen. Statt den Arbeitsmarkt zu deregulieren, installiert sie neue Beschäftigungsbremsen. Deshalb muss sich die Regierung nicht wundern, wenn der Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbeigeht.

Dennoch ist der Arbeitsmarkt in Bewegung gekommen. Manche Ökonomen prognostizieren für nächstes Jahr schon, dass die Zahl der Arbeitslosen unter drei Millionen sinkt.

Das halte ich für ziemlich unrealistisch. Vielleicht wird die Zahl in dem einen oder anderen Monat diese Marke unterschreiten, im Jahresdurchschnitt aber mit Sicherheit nicht. Dazu müsste unsere Wirtschaft noch stärker wachsen. Hinzu kommt, dass der größte Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland strukturelle Ursachen hat. Selbst mit der besten Konjunktur können Sie die nicht beseitigen. Dazu bedarf es struktureller Reformen.

Die Regierung will die Langzeitarbeitslosigkeit durch Lohnzuschüsse für ältere und jugendliche Arbeitslose bekämpfen. Ist das kein erfolgsträchtiger Weg?

Nein, so wie die Maßnahmen konzipiert sind, bieten sie kaum Aussicht auf Erfolg. Denn sie zielen in erster Linie darauf ab, flächendeckend das Einkommen der Problemgruppen bei Aufnahme einer Arbeit aufzubessern. Damit ist die Gefahr verbunden, dass es zu unkontrollierbaren Mitnahmeeffekten kommt. Die Erfahrung zeigt, dass Lohnzuschüsse nur dann die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter verbessern, wenn sie von den Arbeitsagenturen in wohldosiertem Umfang und unter Berücksichtigung der Umstände im jeweiligen Einzelfall an die Unternehmen gezahlt werden.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering will Langzeitarbeitslose auch dadurch von der Straße holen, dass er ihnen eine zeitlich befristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei einem staatlichen Arbeitgeber vermittelt.

Das ist im Prinzip nichts anderes als eine Neuauflage der alten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die sich schon in der Vergangenheit als ungeeignet zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erwiesen haben. Weil den Betroffenen dabei keine marktnahen Qualifikationen vermittelt werden, fallen sie am Ende der staatlichen Beschäftigung wieder in die Arbeitslosigkeit zurück. Statt ihre Energie auf ungeeignete Maßnahmen zu konzentrieren, sollte die Regierung lieber alles daran setzen, potenziell Langzeitarbeitslose schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehören etwa Personen über 50, die kürzer als ein Jahr arbeitslos sind. Die könnten wir durch zielgenauere Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen vergleichsweise leicht wieder in Beschäftigung bringen. Bisher aber tun wir für diese Gruppe zu wenig.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit klagen die Unternehmen über einen zunehmenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Angesichts der demografischen Entwicklung könnte sich dieses Problem in den nächsten Jahren noch verschärfen. Was können wir dagegen tun?

Experten warnen schon seit Jahren vor diesem Mangel. Wegen der demografischen Entwicklung betrifft er bald aber nicht mehr nur die Hochqualifizierten, sondern auch die mittlere Qualifikationsebene. Wir müssen deshalb unsere Bildungsanstrengungen massiv erhöhen, vom vorschulischen Bereich bis zur Weiterbildung im fortgeschrittenen Alter. Allerdings wirken solche Maßnahmen nur langfristig. Hinzu kommt, dass wir die Menschen nicht zwingen können, sich eine gesuchte Qualifikation anzueignen, indem sie Ingenieurwissenschaften oder Informatik studieren. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren nicht umhin kommen, uns stärker als bisher für Zuwanderer zu öffnen.

Dagegen sträuben sich die Politiker der Regierungskoalition aber.

Ja, aber das hat auch etwas damit zu tun, dass wir uns die Zuwanderer bisher nicht ausgesucht haben. Andere Länder wie Australien und Kanada betreiben dagegen eine selektive Einwanderungspolitik und suchen sich exakt die Personen aus, die sie unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten benötigen. Ein solches Vorgehen stärkt die Akzeptanz von Zuwanderern bei der einheimischen Bevölkerung. Auch wir werden in Zukunft eine selektive Einwanderungspolitik betreiben müssen. Diese Einsicht wächst auch unter den Politikern. Ich bin deshalb optimistisch, dass wir in fünf Jahren über ein Auswahlverfahren für Einwanderer verfügen.

Ihr Forschungsinstitut, das DIW, ist bei der jüngsten Ausschreibung der Frühjahrs- und Herbstgutachten zur Beurteilung der deutschen Konjunktur nicht zum Zuge gekommen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dies mit einem schlechten Preis-Leistungsverhältnis des DIW-Angebots begründet. Was haben Sie falsch gemacht?

Das Wirtschaftsministerium hat seine Entscheidung damit begründet, dass das DIW-Angebot das preislich teuerste war. Das nehmen wir erst einmal so hin. Aber die Behauptung, die Qualität der Konjunkturabteilung sei unzureichend und es fehle eine funktionierende Leitung, ist schlichtweg falsch. Ein Blick auf die Publikationsleistung unserer Konjunkturforscher zeigt, dass ihre Arbeit höchsten Qualitätsmaßstäben genügt. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine öffentliche Diskussion, dass die wirtschaftspolitische Beratung in Deutschland wissenschaftlich besser unterfüttert werden sollte. Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, dass das Wirtschaftsministerium seine Vereinbarung mit den Instituten gebrochen hat und auch wissenschaftlich kaum ausgewiesene Thinktanks zu dem Bieterverfahren zugelassen hat. Dass zudem auch noch Institute in die zweite Runde kamen, deren politische Unabhängigkeit fraglich ist, hat eine hohe politische Relevanz für den zukünftigen Inhalt der Konjunkturgutachten.

Bei den Gutachten steht nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums die politikrelevante Beratungsleistung im Vordergrund. Wäre es da nicht besser gewesen, Sie hätten erfahrene Mitarbeiter am DIW gehalten, statt auf neue, wissenschaftlich ausgewiesene Forscher zu setzen, die aber unerfahren im Beratungsgeschäft sind?

Der Wissenschaftsrat und die Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, in der die Institute zusammengeschlossen sind, haben schon vor Jahren als Aufgabe der Wirtschaftsforschungsinstitute definiert, forschungsbasierte Beratungsleistungen anzubieten. Das war auch eine klare Ansage an die Politik, die sich das eine Zeit lang zu Herzen genommen hat. Deshalb kam es ja zu den Reformprozessen in den Instituten. Die Aufgabe, hochklassig zu forschen und gleichzeitig die Politiker zu beraten, ist im Tagesgeschäft zwar nicht immer einfach zu erfüllen. Aus Sicht des DIW gibt es dazu aber keine Alternative.

Interview mit DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann

Wie erklären Sie sich die Kritik anderer Institute, die Mitarbeit der DIW-Ökonomen an den Gutachten hätte zu wünschen übrig gelassen?

Im Vorfeld der jüngsten Ausschreibung der Konjunkturgutachten gab es eine breite Diskussion um die inhaltliche Neugestaltung der Gemeinschaftsdiagnose. Das DIW hat darauf gedrängt, dass sich die Institute mehr auf makroökonomisch relevante Fragen der Analyse und Prognose der Konjunktur mittels moderner Methoden konzentrieren. Dafür wollten wir Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen wie etwa der Gesundheitsreform zurückdrängen, weil wir glauben, dass die Konjunkturgutachten nicht der richtige Ort dafür sind. Diese grundsätzlichen Fragen waren zwischen den Instituten umstritten. Die Regierung hat sich nun offenbar für eine andere Form der Gutachten entschieden, als das DIW sie angestrebt hat. Deshalb sind wir eigentlich ganz froh, dass wir nicht mehr dabei sind.

Sie erwägen also keine rechtlichen Schritte mehr gegen die Entscheidung des Ministeriums?

Wir haben alle Schritte geprüft und uns dafür entschieden, nicht juristisch, sondern fachlich und forschungspolitisch mit guter Arbeit auf die Entscheidung des Ministeriums zu antworten.

Dem DIW entgehen durch den Ausschluss von den Gutachten jährlich rund 200 000 Euro Einnahmen. Müssen Sie Ihre Konjunkturabteilung jetzt verkleinern oder schließen?

Eine Schließung kommt nicht in Frage. Dafür sind konjunkturelle Fragestellungen viel zu wichtig. Aber wir werden uns noch stärker anstrengen müssen, Drittmittel einzuwerben, auch auf dem internationalen Markt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Stärke der Konjunkturabteilung halten können.

Wird sich das DIW bei der nächsten Ausschreibung in drei Jahren erneut um eine Teilnahme an den Gutachten bewerben?

Solange sich an der grundsätzlichen Struktur der Ausschreibung sowie der inhaltlichen Konzeption der Gemeinschaftsdiagnose nichts ändert, wird es für uns nicht sehr attraktiv sein, uns erneut zu bewerben. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn wir uns bis dahin für andere Kundengruppen neu aufgestellt haben, die wir dann wieder aufgeben müssten.

Wirtschaftswoche Nr. 30 / 2007, 28.

Georg Zachmann, Christian von Hirschhausen

First Evidence of Asymmetric Cost Pass-through of EU Emissions Allowances: Examining Wholesale Electricity Prices in Germany

This paper applies the literature on asymmetric price transmission to the emerging commodity market for EU emissions allowances (EUA). We utilize an error correction model and an autoregressive distributed lag model to measure the relationship between CO_2 price changes and the development of wholesale electricity prices. Using data from the German market for electricity and EUAs, we find that the rising prices of EUAs have a stronger impact on wholesale electricity prices than falling prices – the first empirical evidence of asymmetric cost pass-through for these new allowances.

Discussion Paper No. 708
July 2007

Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Olaf Groh-Samberg

Economic Gains from Publicly Provided Education in Germany

The aim of this paper is to estimate income advantages arising from publicly provided education and to analyse their impact on the income distribution in Germany. Using representative micro-data from the SOEP and considering regional and education-specific variation from a cross-sectional perspective the overall result is the expected levelling effect. When estimating the effects of accumulated educational transfers over the life course within a regression framework, however, and controlling for selectivity of households with children as potential beneficiaries of educational transfers, we find evidence that social inequalities are increasing from an intergenerational perspective, reinforced in particular by public transfers for non-compulsory education, thus negating any social equalisation effects achieved within the compulsory education framework.

Discussion Paper No. 709
July 2007

Niklas Potrafke

The Timing of Employment Breaks: How Does It Affect Pension Benefits? Empirical Evidence from Germany

This paper provides empirical evidence how the timing of employment breaks affects pension benefits in Germany. Analysing the biographical data set from the German Pension Insurance (SUF VVL 2004) the employment histories of individuals aged 21 to 60 can be mirrored in detail. We relate differences in pension benefits to employment breaks due to unemployment and parental leave in the individual life cycle, distinguishing by gender. Three different career phases (early, middle and late) are distinguished and respective social policy phases are considered. As predicted by human capital theory, the losses due to career interruptions in the early and middle employment period differ. However, the negative effects due to unemployment in the late employment period are only weak. This finding detects special characteristics of the covered age-groups in the data set.

Discussion Paper No. 710
July 2007

Spyros Konstantopoulos, Amelie Constant

**The Gender Gap Reloaded:
Are School Characteristics Linked to Labor Market Performance?**

This study examines the wage gender gap of young adults in the 1970s, 1980s, and 2000 in the US. Using quantile regression we estimate the gender gap across the entire wage distribution. We also study the importance of high school characteristics in predicting future labor market performance. We conduct analyses for three major racial / ethnic groups in the US: Whites, Blacks, and Hispanics, employing data from two rich longitudinal studies: NLS and NELS. Our results indicate that while some school characteristics are positive and significant predictors of future wages for Whites, they are less so for the two minority groups. We find significant wage gender disparities favoring men across all three surveys in the 1970s, 1980s, and 2000. The wage gender gap is more pronounced in higher paid jobs (90th quantile) for all groups, indicating the presence of a persistent and alarming „glass ceiling."

Discussion Paper No. 711
July 2007

Thure Traber, Claudia Kemfert

**Impacts of the German Support for Renewable
Energy on Electricity Prices, Emissions and Profits:
An Analysis Based on an European Electricity Market Model**

Effects of renewable support legislation on electricity prices have been analyzed with a plethora of models. However, these models neglect at least one of the following aspects which we take into account in our analysis: oligopolistic market behavior of dominant firms, emission trading, restricted electricity trade and production capacities, and effects on producer prices and firm profits. In this paper we use the electricity market model EMELIE and decompose the impact of the feed-in of renewable energy in Germany into two effects: a substitution effect triggered by the displacement of conventional sources and a permit price effect induced via the ETS. We find that the renewable support increases consumer prices slightly by 0.1 Eurocent / kWh, while the producer price decreases by 0.4 Eurocent / kWh. In addition, emissions from electricity generation in Germany are reduced by 32 Mt CO_2, but are hardly altered if we consider the European electricity sector in total. Finally, the profits of most firms are significantly reduced by the support policy unless the firms combine relatively carbon intensive production equipment with a loose connection to the German grid.

Discussion Paper No. 712
July 2007

Hannes Spengler, Sandra Schaffner

Using Job Changes to Evaluate the Bias of the Value of a Statistical Life

This paper presents a new approach to obtain unbiased estimates of the value of a statistical life (VSL) with labor market data. Investigating job changes, we combine the advantages of recent panel studies, which allow to control for unobserved heterogeneity of workers, and conventional cross-sectional estimations, which primarily exploit the variation of wage and risk between different jobs. We find a VSL of 6.1 million euros from pooled cross-sectional estimation, 1.9 million euros from the static first-differences panel model and 3.5 million euros from the job-changer specification. Thus, ignoring individual heterogeneity causes overestimates of the VSL, whereas identifying the wage-risk tradeoff not only by means of between job variation (job-changer model) but also on the basis of noisy variation on the job (panel models) may lead to underestimates of the VSL. Our results can be used to perform cost-benefit analyses of public projects aimed at reducing fatality risks, e.g., in the domains of health, environmental or traffic policy.

Discussion Paper No. 713
July 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (*http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html*).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (*http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html*).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion
Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent / min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum, Berlin

Druck
Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

DIW@school

AUSGABE 1/2007

ERSCHEINT ZWEIMAL JÄHRLICH
www.diw.de/atschool

Was ist DIW@school?

DIW@school ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), erscheint zweimal jährlich und wird den Schulen kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung gestellt.

DIW@school liefert Unterrichtsmaterial über die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Alle Beiträge stammen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des DIW Berlin.

Für wen ist DIW@school?

DIW@school richtet sich an Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer für den Wirtschafts- und Politikunterricht in allgemeinbildenden und berufsbegleitenden Schulen.

Das DIW Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung.

Wir glauben, dass viele aktuelle Probleme mit Hilfe der ökonomischen Forschung besser verstanden werden können. Meistens schreiben wir darüber so, dass uns nur Fachkollegen verstehen. Was von Ökonomen untersucht und der Politik vorgeschlagen wird, geht aber alle an – gerade auch Schüler, die in Zukunft besonders betroffen sind, wenn heute in der Wirtschaft etwas schief läuft.

Impressum
Herausgeber: DIW Berlin
Redaktion: Renate Bogdanovic
Kurt Geppert
Redaktionelle Mitarbeit:
Sandra Proske
Layout und Satz: Hella Steinke

Wichtiger Hinweis!
Seit 1. Juli 2007 erreichen Sie uns unter einer neuen Adresse:
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
http://www.diw.de/atschool
mailto: school@diw.de

Inhalt

Was ist eigentlich...?

... eine Heuschrecke 2

Deutschland in Zahlen

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland 5

Forschung in Kürze

Musikdownloads und Kopierschutz 6

Schwerpunktthema mit Hintergrund

Eine nachhaltige Energiepolitik ist notwendig – mittels erneuerbarer Energien 9

Abbildungen zum Schwerpunktthema 12

Was sind erneuerbare Energien? 14

Forschung im Original

Erfolgreiche Arbeitssuche weiterhin meist über informelle Kontakte und Anzeigen 17

Die gute Frage zum Schluss ...

Warum muss die Wirtschaft wachsen? 23